



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer SPD**

Pflege besser machen IV – Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige weiter zu stärken.

Um dem steigenden Beratungsbedarf pflegender Angehöriger in Bayern Rechnung zu tragen, soll in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen die derzeitige Angebotsstruktur geprüft und eine Analyse der Standorte vorgenommen werden, in denen noch keine Beratungsangebote bereitgestellt werden. Im nächsten Schritt soll ein Konzept vorgelegt werden, das bereits vorhandene Angebote wie Pflegestützpunkte und Fachstellen für pflegende Angehörige mit weiteren Beratungs- und Unterstützungsangeboten an den betroffenen Standorten ohne solche Angebote ergänzt und verbunden werden.

Begründung:

In Bayern werden laut dem „Gutachten 2014 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen: Bedarfsgerechte Versorgung – Perspektiven für ländliche Regionen und ausgewählte Leistungsbereiche“ rund 70 Prozent aller Pflegebedürftigen in ihrem häuslichen Umfeld gepflegt, zwei Drittel von ihnen durch Angehörige. Ehe- und Lebenspartner, Söhne, Töchter und Schwiegertöchter kümmern sich einer Pflegestudie der Techniker Krankenkasse zufolge meist aus Pflichtgefühl und Familiensinn heraus um ihre pflegebedürftigen Angehörigen, 62 Prozent von ihnen empfinden dies jedoch als eine enorme physische und psychische Belastung. In einer Allgemeinverfügung hatte sich die Staatsregierung zum Ziel gesetzt, bis Ende 2010 bayernweit 60 Pflegestützpunkte einzurichten. Trotzdem gibt es diese wichtige Einrichtung zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen und insbesondere ihrer Angehörigen lediglich an acht Standorten. Zusätzlich sind rund 100 Fachstellen für pflegende Angehörige aktiv, die ihre Dienste allerdings ebenfalls nicht flächendeckend anbieten können und personell und finanziell nicht in der Lage sind, den steigenden Beratungs- und Betreuungsbedarf der Angehörigen abzudecken.

Gerade im Hinblick auf gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen Bayerns ist ein Konzept für eine flächendeckende Beratung und Unterstützung für pflegende Angehörige unabdingbar. Die Staatsregierung soll daher zum einen Sorge dafür tragen, dass die bereits vorhandenen Angebote weiter gestärkt und mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Zum anderen müssen dort, wo es bislang keine wohnortnahen Anlaufstellen für pflegende Angehörige gibt, neue Stellen geschaffen werden, die Angehörige beraten, Informationen und Hilfsangebote bereitstellen oder ihnen durch Kursangebote die Möglichkeit geben, sich selbst bestmöglich um ihre Angehörigen kümmern zu können. Ein neues Gesamtkonzept zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen soll eine enge Einbindung der Kommunen bei der Etablierung von Alltags- und Unterstützungsinfrastruktur vorsehen, um den demografischen Wandel in all seinen Facetten anhand der jeweiligen lokalen Gegebenheiten bestmöglich gestalten zu können.